Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Band: 7 (1927-1928)

Heft: 11

Buchbesprechung: Deutsche Sozialisierungsliteratur während der Kriegs- und Revolutionszeit

Autor: Gitermann, M.

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Wenn aus all den angeführten Gründen einer Einführung von speziellen Kreditgenossenschaften in unsern Verhältnissen nicht das Wort gesprochen werden kann, so wäre doch die Frage zu untersuchen, ob nicht bei der Prüfung der Kreditgesuche aus Arbeiterkreisen die Gewerkschaftsorgane zur Mitarbeit herangezogen werden könnten. Dem stehen nicht zu unterschätzende psychologische Schwierigkeiten entgegen. Die Vorschußnehmer scheuen sich oft, über ihre prekäre Lage mit Freunden und Arbeitskollegen zu sprechen, und dies ist nicht zuletzt der Grund, warum sie die Opfer gewisser privater Geldgeber werden. Und doch müßte die Möglichkeit geschaffen werden, daß bei Vertrauensmännern der Arbeiterverbände, die ja sowohl die berufliche Tüchtigkeit als die Charaktereigenschaften ihrer Verbandskollegen ganz genau zu beurteilen in der Lage sind, auf dem schnellsten Wege vertrauliche Auskünfte über die Kreditwürdigkeit von Gesuchstellern und Bürgen aus ihren Gewerkschaften eingeholt werden können. Auf diese Weise könnte in bescheidenem Maße zur Verminderung der Kreditkosten beigetragen werden. Ob dann die Gewerkschaften noch weitergehen und eine gewisse Garantie für die regelmäßige Verzinsung und Amortisation dieser Vorschüsse übernehmen wollen, ist eine Frage, die erst noch zu prüfen wäre. Es ist nicht zu zweifeln, daß bei allseitig gutem Willen sich Lösungen finden lassen, die mit der Zeit einer Verbesserung fähig wären.

Zum Schlusse möchten wir aber nochmals betonen, daß die wichtigste Aufgabe in der Schaffung von Sparkapital besteht. Noch muß oft konstatiert werden, daß die Sparguthaben der werktätigen Schichten aus gedanklicher Trägheit bei der Bank belassen werden, die räumlich gerade am nächsten gelegen ist. Es geht aber nicht an, sich erst im Augenblick eines dringenden Geldbedarfes daran zu erinnern, daß die Gewerkschaften an der Gründung eines in jeder Beziehung leistungsfähigen Finanzinstitutes beteiligt sind und daraus für dieses die moralische Verpflichtung abzuleiten, nun unbedingt und sofort beizuspringen.

Deutsche Sozialisierungsliteratur während der Kriegs- und Revolutionszeit.

Von Dr. M. Gitermann.

(3. Fortsetzung: Abstrakte Theorien über den Kriegssozialismus.)

Anders stellt sich zum Kriegssozialismus Eckstein in seinem Artikel „Der Krieg und der Sozialismus" („Die Neue Zeit", 1926, Bd. I). Nach einer eingehenden Analyse erkennt dieser Verfasser an, daß die deutsche Wirtschaft während des Krieges einen weiteren Schritt zur Sozialisierung machte: „Die ökonomischen Voraussetzungen zu ihr (der „proletarischen Gesamtbewegung") sind, wie ich gezeigt zu haben glaube, vorhanden; der Sozialismus selbst ist in erreichbare Nähe gerückt" (S. 345).

Unterziehen wir nun einer nähern Betrachtung diejenigen Ideen, welche das wissenschaftliche Organ der revisionistischen Richtung der deutschen Sozialdemokratie, die „Sozialistischen Monatshefte", während des Krieges vertreten hat. Auch hier müssen wir uns auf die besonders charakteristischen Aufsätze beschränken.

Vor allem soll erwähnt werden der Artikel von Edmund Fischer: „Der Sozialismus während des Krieges" (in der Nummer vom 11. Oktober, 1914, Bd. II, S. 1128). Typisch ist für Fischers soziale Weltanschauung seine Tendenz, in jeder noch so geringen elementaren Erscheinung der menschlichen Solidarität in der modernen Gesellschaft schon eine Offenbarung des Sozialismus, oder des „sozialistischen Geistes" — wie er sich gerne ausdrückt —, zu ersehen, und zwar auch dann, wenn dieser Solidarität militärische Notwendigkeiten, Selbsterhaltungstrieb der herrschenden Klassen oder sonst purer Egoismus zugrunde liegen. Um den Leser von der Richtigkeit seiner Meinung, daß der sozialpolitische Gedanke im Kriege in sozialistischer Richtung wächst, zu überzeugen, häuft Fischer verschiedene „Tatsachen", deren Beweiskraft jedoch sehr zweifelhaft ist (einzelne Aeußerungen verschiedener Personen).

Seine optimistische Gesinnung formuliert Fischer in folgendem Schlußpassus: „In allen diesen Maßnahmen und Aeußerungen drückt sich ein Wachsen des Gedankens der Solidarität, der Gemeinsamkeit, des Sozialismus aus. Diesen Geist, der sich in Kriegsnot entfaltet hat, dauernd für die Entwicklung unseres Volkes nutzbar zu machen, wird zu den großen Aufgaben gehören, die nach dem Krieg an uns herantreten." (S. 1133.)

Dagegen erfaßt Fischer die sozialpolitische Konstellation richtig, wenn er das Gebiet der allgemeinen abstrakten Ideen verläßt und sich konkreten Aufgaben der öffentlichen Wirtschaft zuwendet. In seinem Aufsatz: „Das Werden des Elektrizitätsmonopols" („Sozialistische Monatshefte" vom 13. Mai 1915) lesen wir: „Ohne Zweifel ist die Frage der Uebernahme großer Teile der Produktion und der Verkehrseinrichtungen in öffentliche Verwaltung, d. h. in staatliche oder kommunale Regie, durch den Krieg in den Vordergrund des Interesses geschoben worden, und es kann als sicher gelten, daß nach dem Kriege die staatlichen und kommunalen Betriebe eine starke Vermehrung erfahren werden." (1915, Bd. I, S. 443.)

Wenn Fischer geneigt ist, die Bedeutung der kriegssozialistischen Maßnahmen zu überschätzen, so begegnen wir in den „Sozialistischen Monatsheften" auch solchen Aufsätzen, die eine ganz andere Stellung zum Kriegssozialismus einnehmen. So treffen wir im Jahrgang 1917 einen bemerkenswerten Artikel von Heinrich Peus: „Der Sozialismus und der sogenannte Kriegssozialismus". Dort lesen wir: „Sozialismus braucht die Gesellschaft nach diesem Krieg mit seinem furchtbaren Verlust an aufgespeicherter Energie, um durch gewaltigste Energieersparnis und durch die Politik der Produktion, wie sie allein dem Wesen des Sozialismus entspricht, das Verlorene wieder auszugleichen. . . . Aber es droht eine Gefahr, just aus dem, was der eine

oder andere Sozialdemokrat als Kriegssozialismus hat geglaubt rühmen zu sollen. Wenn manche meinen, dieser sogenannte Kriegssozialismus sei irgendwie mit dem von uns gewollten Sozialismus verwandt, dann verkennen sie dessen Wesen. Er ist ein Produkt furchtbarer Kriegsnot, nicht aber ein Mittel gesunden und normalen gesellschaftlichen Fortschritts. Es ist wahr, der individualistische Privatkapitalismus erlebt in diesem Krieg einen Zusammenbruch, insofern er sich ungehemmt unfähig erweist, die Bedürfnisse von Staat und Gesellschaft zu befriedigen. Da muß man zu jenem angeblichen Kriegssozialismus greifen, um dem privaten Egoismus im nationalen Interesse einen Damm zu setzen. . . Aber wenn nun auch mit der Brotkarte in der Not der Kriegszeit der regulierende Staatswille an die Stelle des privatwirtschaftlichen Interesses getreten ist, so besteht doch keinerlei Grund, diese staatlichen Maßnahmen zu sozialistischen schlechthin zu stempeln. Diese Umtaufe ist im Gegenteil als recht verhängnisvoll abzuweisen. (Bd. I, S. 190.)

Uebrigens hat die übertriebene und falsche Interpretation der kriegssozialistischen Maßnahmen selbst den Optimisten Fischer veranlaßt, den Unterschied zwischen Kriegssozialismus und wirklichem Sozialismus etwas schärfer zu formulieren. In einer Notiz: „Gemeinwirtschaft" („Sozialistische Monatshefte", Bd. II, S. 906 bis 908) warnt Fischer, es seien manche Sozialpolitiker aufgetreten, die „eine ganz nagelneue Lehre auf ihren Kriegssozialismus aufbauen". Diese neue Lehre betone, „Sozialismus sei Organisation, nicht etwa Demokratie oder Sozialpolitik". Gegen diese sonderbare Auffassung des Sozialismus tritt Fischer mit folgender Entgegnung auf: „Gegen eine solche Sozialisierung sich zu wehren, haben die Arbeiter, hat das ganze Volk alle Veranlassung. Verstaatlichung (und diese ist mit der planmäßigen Organisation der Volkswirtschaft notwendig verbunden) ohne ein Höchstmaß von Demokratie und Sozialpolitik ist wahrlich kein erstrebenswertes Ziel. Und die Verstaatlichung der ganzen Produktion und Distribution würde nicht zum Sozialismus, sondern nur zum Autoritarismus führen, wenn gleichzeitig sich mit ihr nicht mindestens auch die Demokratie entwickelt und die Sozialpolitik ausgebildet wird." (S. 908.)

Wenn wir nun von einigen abweichenden Ansichten absehen und die allgemeine Tendenz der beiden genannten Zeitschriften charakterisieren wollen, so ergibt sich folgender Unterschied in der Stellung der „Neuen Zeit" und der „Sozialistischen Monatshefte" zum Kriegssozialismus: Die orthodoxe „Neue Zeit" betrachtet den Kriegssozialismus als eine einfache Anpassungsmaßnahme des Kapitalismus und erwartet von den Neuerungen keinen radikalen Einfluß auf die sozialökonomische Entwicklung Deutschlands, wie sie den Schöpfern des Parteiprogramms vor einem Vierteljahrhundert vorgeschwebt hatte; die revisionistischen „Sozialistischen Monatshefte" dagegen zeigen sich eher geneigt, im Kriegssozialismus einen bedeutenden unvorhergesehenen Fortschritt auf dem Wege zum Sozialismus zu ersehen. Als typische Vertreter der ersten Richtung können Kautsky und Cunow angesehen werden; die zweite Richtung fand ihren Theoretiker in Edmund Fischer, dessen

Hauptwerk, „Das sozialistische Werden", welches das Fazit der modernen sozialökonomischen Entwicklung zieht, wir weiter unten einer Betrachtung unterziehen werden.

Nachdem wir die „kriegssozialistischen" Ansichten der wissenschaftlichen Organe der deutschen Sozialdemokratie kennengelernt haben, halten wir es nun für notwendig, auch die Stimmen der Führer der deutschen gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft auf dem uns interessierenden Gebiete zu vernehmen. Zu diesem Behufe wollen wir die einschlägigen Aufsätze des „Korrespondenzblattes der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands" eingehender betrachten.

Im Jahrgang 1915 (Nummer vom 22. Mai) begegnen wir einem Leitartikel: „Steuern und Monopole", der folgende Gedankengänge enthält: Eine ausreichende Kriegsentschädigung sei nicht zu erhoffen. Die Einkommens- und Vermögenssteuern würden zur Deckung der Kriegsschulden nicht ausreichen. Daher seien staatliche Monopole notwendig: für Tabakproduktion, Versicherungswesen, Bodenschätze, Kraftquellen, Rüstungsindustrie. Charakteristisch ist die Vorsicht, mit der das Organ der deutschen Gewerkschaften die öffentliche Meinung von der Notwendigkeit der genannten Monopole überzeugen will, merkwürdig sind die hoffnungsvollen Blicke, die die Gewerkschaftsführer auf eine „kluge energische Reichsregierung" richten. — Es entspricht ganz dem Charakter der damaligen deutschen Gewerkschaftsbewegung, daß deren Organ sich vor allem nicht für die abstrakten Probleme des Kriegssozialismus interessiert, sondern in den Vordergrund des Interesses die praktischen finanziellen Notwendigkeiten rückt.

Das zweite praktische Problem, welches die Aufmerksamkeit der Arbeiter auf sich lenkt, ist die Frage: Wie wird sich die deutsche Wirtschaft nach dem Kriege gestalten? — Einen interessanten Versuch, diese aktuelle Frage zu beantworten, stellt der Artikel von Heinrich Cunow dar: „Die Wirtschaftsgestaltung nach dem Kriege", im „Korrespondenzblatt" vom 11. September 1915. Cunow spricht sich hier noch deutlicher als in der „Neuen Zeit" aus. Er erwartet keineswegs den Eintritt einer sozialistischen Umwälzung nach dem Kriege, obwohl in weiten Schichten das Bedürfnis so groß war, sich durch sozialistische Träume über die Verzweiflung der Kriegszeiten hinwegzutäuschen. „Nicht was wünschenswert ist, wird werden, sondern wofür die nötigen Vorbedingungen herangereift und gegeben sind", — solch nüchternen Blickes will Cunow die ökonomische und politische Konstellation charakterisieren. Was für Perspektiven schweben ihm vor? Nach seiner Prognose „dehnt voraussichtlich das Finanzkapital nach dem Kriege seine Macht wesentlich aus und wird noch mehr als bisher zum maßgebenden Faktor des kapitalistischen Wirtschaftslebens werden". Das Tempo der Entwicklung würde von den finanziellen Ergebnissen des Krieges abhängen. „In der Hauptsache läßt sich demnach der Charakter der neuen imperialistischen Wirtschaftsepoche nach dem Kriege durch die Worte charakterisieren: Vorherrschaft der Bankfinanz, Zunahme der industriellen Konzentration, Vermehrung der Staatskon-

trolle und der Staatsbetriebe. Damit ist jedoch noch keineswegs gesagt, daß nun diese erweiterte wirtschaftliche Staatstätigkeit in sozialistischer Richtung und im Interesse der Arbeiterklasse erfolgt, daß sie auf eine staatssozialistische Wirtschaftsorganisation hinsteuert. Zunächst wird das Eingreifen des Staates in die sogenannte Wirtschaftsfreiheit nach dem Kriege kaum einen andern Zweck verfolgen, als die staatlichen Lebens- und Machtgrundlagen zu verbreitern und zu festigen, den Staat also in seinem Verhältnis zu andern Staaten oder Staatskoalitionen zu stärken. Die staatliche Wirtschaftstätigkeit kann deshalb ebensowohl wie zum Staatssozialismus auch zum Staatskapitalismus, vielleicht zum reinen Fiskalkapitalismus führen." (S. 408 und 409.) Die soziale Gestaltung der Monopole hänge von der politischen Macht der Arbeiterklasse ab. Hier stellt Cunow ein wichtiges Postulat auf: „Je mehr das Wirtschaftsleben unter die Kontrolle des Staates gerät, desto mehr muß die Staatsgewalt unter die Kontrolle der Arbeiterschaft gelangen." Somit werde die Grundlage für neue, noch heftigere Klassenkämpfe geschaffen. — So sehen wir denn, daß die Ansichten Cunows, die sich im allgemeinen mit denen von Kautsky decken, ein tiefes Verständnis für die soziologische Struktur des Kapitalismus verraten.

Anders tönt der Leitartikel: „Kriegs- und Friedenswirtschaft", der in der Nummer des „Korrespondenzblattes" vom 21. Oktober 1916 erschienen ist, d. h. schon im dritten Kriegsjahr, als die durch den Krieg hervorgerufenen einschneidenden Maßnahmen sich tiefer in das Bewußtsein der Arbeitermassen eingeprägt hatten. Damals begann man schon von der „Uebergangswirtschaft" zu sprechen, wobei man sowohl wirtschaftliche und finanzielle als auch soziale Aufgaben ins Auge faßte: Arbeiterfragen, Kreditbeschaffung, Rohstoffversorgung, Staatsmonopole. Der genannte Artikel kommt zu der Schlußfolgerung, „daß der Uebergang zur künftigen Friedenswirtschaft sich nicht in der Richtung der einfachen Rückkehr zum frühern Stand der Dinge vollziehen kann und auch kein kurzer, rasch vorübergehender Zustand sein dürfte, sondern daß wir mit einem längern, tief in die Gestaltung der Wirtschaftsverhältnisse einschneidenden und wahrscheinlich von stürmischen Zuckungen begleiteten Entwicklungsprozeß zu rechnen haben". (435.)

Im gleichen Jahrgang des „Korrespondenzblattes" (1916, Nr. 45 und 46) tut der Führer der deutschen Bergarbeiter, Otto Hue, in einem Aufsatz: „Privat- und Staatsmonopol im Bergbau", die Notwendigkeit dar, den Bergbau zu verstaatlichen: „Ein so unersetzlicher, unentbehrlicher Volksschatz, wie die im vaterländischen Boden ruhenden Mineralien, darf keinem Privatmonopol überantwortet bleiben." Eingehender entwickelt Hue diesen Gedanken in dem Sammelwerk: „Monopolfrage und Arbeiterklasse". (1917.)

(Fortsetzung folgt.)